SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

# Politik der Profession: Das Leitbild der Berlinischen Architektur

Sewing, Werner

Veröffentlichungsversion / Published Version
Sammelwerksbeitrag / collection article

**Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:**
Sewing, W. (1995). Politik der Profession: Das Leitbild der Berlinischen Architektur. In H. Sahner, & S. Schwendtner (Hrsg.), *27. Kongreß der Deutschen Gesellschaft für Soziologie - Gesellschaften im Umbruch: Sektionen und Arbeitsgruppen* (S. 573-576). Opladen: Westdt. Verl. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-141258

**Nutzungsbedingungen:**
*Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.*
*Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.*

**Terms of use:**
*This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.*
*By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.*

gesis Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Wie wirken die sozialen Regulative des Sozialstaates Bundesrepublik, wird auch der Sozialstaat transformiert? Gibt es noch eine sozialverträgliche Stadterneuerung ?

Die Erhaltung der Spandauer Vorstadt ist mit der Ausweisung des Gebietes als Sanierungsgebiet durch die 9. VO des Senates politisch beschlossen worden. Der Erhalt der städtebaulichen Substanz und der Schutz der Bewohner vor Verdrängung sind als Ziel der behutsamen, sozialverträglichen Stadterneuerung politischer Konsens. Die Festlegung der Spandauer Vorstadt als Sanierungsgebiet ist die einmalige Chance, ein Gebiet, das in seiner städtebaulichen Struktur historisch gewachsen ist und in seiner Sozialstruktur kaum Segregation aufweist, behutsam zu erneuern. Zur Konkretisierung dieser Sanierungsziele erarbeitete das Büro *Mieterstadt* im Auftrag des Bezirksamts Mitte ein soziales Konzept. Das wesentliche Anliegen dieser Arbeit bestand darin, konzeptionelle Vorstellungen für die Anwendung des Sanierungsrechtes bei ausbleibenden Städtebaufördermitteln für die Spandauer Vorstadt zu erarbeiten. Die sozialen Zielsetzungen der Sanierung werden im Vergleich zur Vergangenheit aufgrund der angespannten Haushaltssituation von Bund und Land nur noch punktuell durch Städtebaufördermittel verwirklicht. Soziale Ziele der Stadterneuerung müssen heute vielmehr auch mit privaten Eigentümern und Investoren durchgesetzt werden. Das soziale Konzept für die Spandauer Vorstadt ist der Versuch, mangels Städtebauförderungsgeldern, die Schere zwischen einer Sanierung über private Investoren und einer sozialverträgliche Stadterneuerung nicht zu groß werden zu lassen.

Auch die im Baugesetzbuch über den § 180 festgeschriebenen Möglichkeiten der Einbeziehung von Bewohnerinteressen in den Sanierungsprozeß, speziell die Vermeidung nachteiliger Auswirkungen - im Sozialplanverfahren von Berlin als Ausführungsvorschrift geregelt - stellen infolge der knappen Kassen der Bezirke eine äußerst schwache Brücke der Bürgerbeteiligung bei Sanierungsmaßnahmen dar. Die Gratwanderung zwischen Sanierung und sozialverträglicher Stadterneuerung, der gleichzeitige Abbau von Sozialleistungen und Bürgerbeteiligungsrechten bei Sanierungsmaßnahmen - hier wird eine Marktwirtschaft transformiert, die in diesem Prozeß der Kolonialisierung neuer Gebiete die Ausdehnung, die extensive Erweiterung eines Wirtschaftssystems auf Kosten der Rücktransformation eines Sozialstaates Bundesrepublik verfolgt. Eine solche Wi(e)dervereinigung wird Folgen für diesen Sozialstaat und damit für alle Betroffenen haben.

Karin Baumert, Gipsstraße 23, D-10119 Berlin

## 5. Politik der Profession: Das Leitbild der Berlinischen Architektur

*Werner Sewing*

In weniger als fünf Jahren sind die städtebaulichen und die meisten architektonischen Weichen für die Hauptstadtentwicklung gestellt. Eine klare architekturpolitische Linie ist erkennbar: die Orientierung an den Konventionen der *Europäischen Stadt* ( Rossi 1984), wie etwa Traufhöhen, Fluchtlinien, einer klaren Blockstruktur und einer Hierarchie von öffentlichen und privaten Räumen (Burg 1995).

Allerdings verrät die Preisgabe der Parzelle als Basis der Stadtstruktur, daß die soziale und funktionale Vielfalt, die mit der Rede von der europäischen Stadt beschworen wird, kaum zu

erwarten ist. Das bautypologische Leitbild für die Innenstadt ist vielmehr das Bürogebäude der zwanziger und dreißiger Jahre, das als monolithischer Block die Feinstruktur der Parzellen nivelliert. Berlin-Mitte, das alte Zentrum, ersteht so auf dem alten Stadtgrundriß neu in Gestalt massiver Großblöcke von ca. acht Geschossen und vier Kellergeschossen. Ein von der Verwaltung durchgesetzter Wohnungsanteil von 20 Prozent soll die Tertiärisierung der Innenstadt kaschieren. Die Traufhöhenverordnung des Kaiserreiches von 22 Metern wird nun mit zurückgestaffelten Dachgeschossen mit einer Firsthöhe von ca. 30 Metern überschritten. Die Beschwörung der Geschichte unter der alten Devise der IBA, *Kritische Rekonstruktion*, wird dabei durch den großzügigen Abriß historischer Bausubstanz dementiert. Hinter dem Bild der alten Stadt des 19. Jahrhunderts entsteht eine neue Monostruktur, die kommerzielle *City*. Dabei kann auf Hochhäuser, mit Ausnahme am Alexanderplatz, weitgehend verzichtet werden.

Über städtebauliche Regeln hinaus konnte in wesentlichen Bereichen sogar die Sprache der Architektur kanonisiert werden. Eine rationale, steinerne, einem modernisierten Klassizismus verpflichtete „harte" Tektonik soll die preußische Tradition im Bürobau wiederbeleben (Burg (Hg.) 1994). Abgeschwächt konnte diese Linie sogar im Wohnungsbau in den neuen „Vorstädten" durchgesetzt werden (Senatsverwaltung für Bau- und Wohnungswesen (Hg.) 1995). An dieser Verengung des Leitbildes auf eine eher rückwärtsgewandte Stadtidee der konservativen Moderne hat sich 1994 der" Berliner Architekturstreit" entzündet (ARCH$^{+}$122, 1994). Insbesondere Heinrich Klotz, der Gründer des deutschen Architekturmuseums in Frankfurt, aber auch der Berliner Landeskonservator Helmut Engel sahen eine bedenkliche Nähe dieser Programmatik zur NS-Tradition. Dieser Verdacht wurde durch einen Beitrag des Berliner Architekturtheoretikers Neumeyer genährt, der als Verfechter der Berlinischen Architektur die Tradition des *Preußischen Stils* beschwor, einer Konstruktion Moeller van den Brucks von 1916, die im Dritten Reich als Legitimation neoklassizistischer Monumentalarchitektur verwendet wurde (Neumeyer 1994). Hinter den Polemiken des Architekturstreits, der nach Abschluß der meisten Planungsverfahren begann, stand vordergründig ein Kampf um die professionelle Legitimation stadtpolitischer Entscheidungen. Er verwies aber symptomatisch auf den fehlenden Konsens in der Stadtöffentlichkeit, an der vorbei in einem System großer Wettbewerbsverfahren die Konturen der Stadt neu bestimmt worden waren. Der verantwortliche Senatsbaudirektor Stimmann, der vor allem die unklare Rechtslage in der Berliner Mitte, vormals Ostberlin, genutzt hatte, die Investoren in Einzelfallentscheidungen auf die Berlinische Linie der von ihm organisierten Wettbewerbe festzulegen, sprach nachträglich von „administrativer Anmaßung".

Die Verengung dieser Kontroverse über die urbane Vision der Stadt auf einen Architekturdisput machte - zu spät - deutlich, daß die kulturelle Definition der Stadt von Architekten und Planern erfolgreich monopolisiert worden war. Ihnen war es in der Nachwendezeit bis 1991 gelungen, ihre innerprofessionelle Leitbildkontroverse zum Medium der Identitätskonstruktion des neuen Berlin werden zu lassen (Sewing 1994a, b). Die Kompetenz der Profession, die Übersetzung der unterschiedlichen Interessen und Nutzungsansprüche in Raumprogramme und bildhafte Stadtvisionen erwies sich im Zusammenspiel mit den Strategien weniger Entscheidungsträger in den Fachverwaltungen als entscheidendes symbolisches Kapital der Architekten gegenüber Politik und Ökonomie.

Die erfolgreiche Lancierung des Leitbildes der *Europäischen Stadt,* das bereits 1991 als Sieger aus der innerprofessionellen Konkurrenz von Schulen und Generationen hervorgegangen war,

relativiert die gängige stadtsoziologische Annahme vom Primat der Ökonomie des Raumes. Den Investoren wurde von den beiden Fachverwaltungen, sogar ohne Anwendung des Instrumentariums der Gestaltungssatzung, allein durch Wettbewerbe ein Leitbildkorsett vorgegeben, innerhalb dessen zwar maximale Ausnutzung möglich war, eine City nach dem Modell Frankfurts oder gar Londons aber ausgeschlossen blieb (Goldberger 1995). Der Handlungsspielraum und die Durchsetzungsfähigkeit der Verwaltung, die ohne städtebauliche Vorgaben des politischen Senats handelte, hat sich, trotz gestiegener Abhängigkeit von privaten *developers*, als größer erwiesen als theoretisch erwartet. Hinsichtlich der Nutzungsvorgaben wurden viele Möglichkeiten nicht einmal ausgeschöpft.

Als heteronomes Machtzentrum gegenüber der administrativ-professionellen Seite in der Planung Berlins hat sich dagegen vor allem die Treuhand erwiesen, die als Verwalterin der großflächigen Grundstücksbestände der DDR die Tendenz zur maximalen Verwertung großer Areale durch große Investoren und Bauträger forciert hat. Damit entsprach sie den politischen Vorgaben der Bundesregierung. Gleichwohl kann diese Politik nicht, wie häufig behauptet, als Ursache der städtebaulichen Favorisierung des Großblocks gedeutet werden. Dieser hatte sich bereits in den achtziger Jahren als anerkanntes Leitbild des Urbanitätsdiskurses der Architekten (*Großform*) durchgesetzt. Die Treuhandpolitik bewegte sich also durchaus im Rahmen des städtebaulichen Konsenses der Architekten. Kritik kam allerdings von einigen Vertretern der Stadtplanung in der Tradition der behutsamen Stadterneuerung, prononciert aber nur von Dietrich Hoffmann-Axthelm. Als Beleg für die ökonomistische Stadttheorie eignet sich die Treuhandpolitik ohnehin nur sehr bedingt, da sie eine zentralistische politische Institution, wenn auch mit marktwirtschaftlicher Zielvorgabe, darstellte.

Gegenüber den herkömmlichen deterministischen oder reduktionistischen Ansätzen in der Stadtsoziologie kann somit eine akteursorientierte Fallanalyse einen komplexen Planungsvorgang als Konstruktionsleistung kollektiver und individueller Akteure unter restringierenden Rahmenbedingungen, als *negotiated order* (Strauss 1978) rekonstruieren. Dabei erweisen sich Kollektive wie *Staat* (*lokaler Staat*) oder *Wirtschaft*, aber selbst *Profession* weniger als Handlungseinheiten denn als Referenzpunkte, die in einer Interaktionsanalyse durch Netzwerke von Akteuren ersetzt werden können, für die sie wiederum Ressourcen, etwa als Rechtstitel, Handlungsermächtigungen und -legitimationen darstellen. Die hochgradige funktionale Differenzierung der Subsysteme eröffnet gerade im Bereich der politischen Entscheidungen Schlüsselpersonen wie dem Baudirektor und seinen professionellen Beratern wie den Architekten Kleihues und Kollhoff Einfluß und Macht. Nicht die offiziellen Standesorganisationen der Profession, wie die Architektenkammer oder der Interessenverband BDA erweisen sich als die relevanten Akteure, sondern die informellen *Peer-Groups* der Profession, die den Außenkontakt zu Verwaltung, Politik, Öffentlichkeit und den Investoren bestimmen. Ihre Zugehörigkeit zu systemübergreifenden Netzwerken bereichsspezifischer Eliten, unabhängig von den offiziellen politischen Gremien und Institutionen, ermöglicht diesen Personen, die notwendigen Transfer- und Entscheidungsleistungen zu erbringen. Diese überschaubare Gruppe von *Intersystemvirtuosen*, die durch eine temporäre Interessenkonvergenz konstituiert wird, rekrutiert sich überwiegend aus der Profession.

Die treuhänderische Funktion der Profession, die als öffentlichen Körperschaft (Kammer) dem Gemeinwohl verpflichtet ist, hat sich somit über das fachliche symbolische Kapital hinaus in reales politisches Kapital verwandelt. Stadt ist, wie die neueren Ausstellungen der Senatsverwaltungen zeigen, somit nur als mediale Inszenierung öffentlich, nicht aber als Entscheidungsprozeß

einer Bürgerschaft, die ihre kollektive Selbstdefinition und deren räumliche Gestalt als *res publica* aushandelt. In letzterem Sinne hatte Edgar Salin in seiner bekannten Rede von 1960 Urbanität verstanden (Salin 1960). So gesehen steht das städtebauliche Leitbild der Berlinischen Architektur politisch für das Fehlen von Urbanität und die Erschöpfung der sozialen, städtischen Bewegungen der achtziger Jahre. In dieser Apathie der Öffentlichkeit besteht eine wesentliche Erfolgsbedingung der Berliner Baupolitik.

Die Analyse der Leitbildformierung der Hauptstadt verweist auf eine Blindstelle der soziologischen Forschung zur Stadt. Sowohl den ökonomischen Ansätzen als auch der sozialökologischen Tradition fehlt ein politischer Begriff von Stadt. Auch in den jüngeren Studien zu *gentrification* oder städtischen Lebensstilen, die immerhin der kulturellen Dimension näher kommen, scheint die Auflösung von Stadt als politischem Gemeinwesen eine nicht mehr problematische Prämisse zu sein. Die Aufgabe dieses politiktheoretischen Problemhorizontes, ohne den die europäische Stadt als *Freie Einung* (Ebel) in ihrer Entwicklung nicht begreifbar ist, hat in der Soziologie zu einer fraglosen Sachzwangideologie geführt, die die Usurpation des politischen Begriffs von Bürgerschaft durch die Kollegialitätsnorm eines Berufsstandes gar nicht mehr wahrnimmt. Bezeichnenderweise enthält der sozialwissenschaftliche Begriff von Urbanität ebenso wie dessen architekturtheoretische Verwendung keine politischen Dimensionen. Dies ist angesichts der inflationären Verwendung des Topos der *civil society* in den letzten Jahren um so unverständlicher. Die Rezeption der neueren Kommunitarismusforschung ist in der Stadtsoziologie ein Desiderat, und sei es nur, um über diesen Umweg wieder die verschütteten republikanischen Potentiale der europäischen Stadt freizulegen (Sewing 1993). In dieser Sicht könnte die Berliner Baupolitik in einem nichttrivialen, also nichtjuristischen Sinne als Korruption thematisiert werden.

**Literatur**

ARCH + 122 (1994), Von Berlin nach Neuteutonia.

Burg, Annegret, Hg.(1994), Neue Berlinische Architektur: Eine Debatte. Berlin/Basel/Boston.

Burg, Annegret (1995), Berlin Mitte. Die Entstehung einer urbanen Architektur. Hg.v.Hans Stimmann. Berlin/Basel/Boston.

Goldberger, Paul (1995), Reimagining Berlin, in: The New York Times Magazine, Februar 5, 1995, S. 45-54.

Neumeyer, Fritz (1994), Auf dem Weg zu einer neuen Berlinischen Architektur. In: Burg, Annegret, Hg. (1994), S. 17-22.

Rossi, Aldo (1984), The Architecture of the City. Cambrige, Mass./London.

Salin, Edgar (1960), Urbanität., in: Der Städtetag, Juli 1960, S. 323-332.

Senatsverwaltung für Bau- und Wohnungswesen, Hg. (1995), Stadt, Haus, Wohnung. Wohnungsbau der 90er Jahre in Berlin. Berlin.

Sewing, Werner (1993), J. G. A. Pocock und die Wiederentdeckung der republikanischen Tradition. In: Pocock, John G. A., Die andere Bürgergesellschaft. Frankfurt/M., S. 7-32.

Sewing, Werner (1994a), Großstadtarchitektur. Zur Rolle der Architekten bei der Berliner Imagebildung, in: Jahrbuch Stadterneuerung 1994, S. 193-204. Berlin.

Sewing, Werner (1994b), Berlinische Architektur, in: Arch+ 122, Juni 1994, S. 60-69.

Strauss, Anselm (1978), Negotiations. San Francisco/Washington/London.

Dr. Werner Sewing, HAB Weimar, Marienstraße 5, D 99423 Weimar